

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

5.10.1921 (No. 232)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. K. u. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 A 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhebung zwangsweiser Beitreibung und Kontaktoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Wahlerleichterung für Kriegsbeschädigte.

Wähler, die in der Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen sind, sind auf Antrag mit einem Wahlschein zu versehen, wenn sie sich am Wahltag zu Kur- oder Erholungszwecken außerhalb des Wohnortes aufhalten, oder wenn sie infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in der Bewegungsfähigkeit behindert sind und durch die Benützung des Wahlscheines die Möglichkeit erhalten, einen für sie günstigeren Wahlraum aufzusuchen. Zur Ausstellung des Wahlscheines ist die Gemeindebehörde des Wohnortes des Wahlberechtigten zuständig. Der Grund zur Ausstellung eines Wahlscheines ist auf Erfordern glaubhaft zu machen. Außerdem hat sich der Wähler auszuweisen. Durch die Ausstellung eines solchen Wahlscheines erhalten die in ihrer Bewegungsfähigkeit behinderten Personen das Recht, unter Abgabe des Wahlscheines sich einen beliebigen Wahlraum zu wählen, auch wenn sie dort nicht in die Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen sind. Wähler, die durch körperliche Gebrechens behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen. Durch diese Bestimmungen ist auch den Schwerbeschädigten die Ausübung des Wahlrechtes möglich gemacht.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage hat sich weiterhin gebessert, was in einem weiteren Sinken der Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 211 auf 1678 zum Ausdruck kommt. Entsprechend haben auch die Kurzarbeiter- und die Notstandsarbeiterziffer abgenommen; erstere beläuft sich zurzeit auf 374, letztere auf 2516. Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt hat sich wenig verändert. Kartoffel-, Obst- und Weinernte bieten noch gute Beschäftigung. Im Bergbau forderte Freiburg einige gelehrte Bergleute für Erzbau an. Der Bedarf an Steinhauern, insbesondere an Granitfaschleuten, sowie derjenige an Zementleuten, ist immer noch lebhaft. In Metall- und Maschinenindustrie zeigt sich wiederum eine leichte Besserung. Die Kurzarbeiterziffer in der Porzellan- und Edelmetallindustrie ist ziemlich beträchtlich (von 1100 am Ende der Vormoche auf rund 430 am Ende der Berichtsmoche) gesunken. Der gute Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie hält an, ebenso die lebhafteste Nachfrage nach Schreibern und Drechsler in Holz- und Schnitzstoffgewerbe; andauernd lebhaft ist auch die Nachfrage nach Küfern. In der Genussmittelindustrie forderte Mannheim Zigarrenfortierer bzw. Corriererinnen an, auch in Bruchsal ist anhaltende Nachfrage nach Zigarrenarbeiterinnen zu beobachten. Lebhaft ist die Nachfrage nach Schneidern, insbesondere aber nach gelernten Bauarbeitern. Infolge des Opauer Unglücks machte sich in Mannheim dringender Bedarf an Masern geltend. In den übrigen Berufsgruppen hat sich die Lage nicht nennenswert verändert.

Württembergische Politik.

Der Reichskorrespondenz Nord-Süd wird von ihrem Stuttgarter Mitarbeiter geschrieben: Die Vorbereitung der großen Koalition im Reich und in Preußen wirft ihre Schatten naturgemäß auch auf das parteipolitische Leben Württembergs voraus. Nicht so sehr in bezug auf die direkt daran beteiligten Parteien selbst, denn für die ist es gar nichts neues. Im November 1918, als noch die frühere nationalliberale Partei bestand, und Herr Crispian, der Unabhängige, sein Licht im Schwabenland leuchten ließ, gab es ein Ministerium von den Nationalliberalen bis zu Crispian, und es gab damals sogar noch weiter rechts Leute genug, die dem damaligen nationalliberalen Minister Baumann als vaterländische Lat anrechneten, daß er allerlei persönliche und politische Bedenken überwand und mithalf, einen neuen Boden zu legen. Freilich, damals hatte man sich rechts noch nicht die verlorene Latke zurecht gelegt, mit der man heute auch hier arbeitet. Man sah die Dinge noch zu unmittelbar, um sie so umfänglich zu können, wie es heute geschieht. So muß man es nun eben hinnehmen, daß jetzt zum Teil aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei heraus, die in Württemberg allerdings nur Fiktionalpolitik treibt und sofort einlenkt, wenn Herr Strefemann eine andere Richtung einschlägt, vor allem aber aus den deutschnationalen Kreisen heraus, aus dem eventuellen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung, ein großer Sündenfall gemacht wird. Der württembergische Ableger der Deutschnationalen, die Bürgerpartei, hat zu dem Zweck am letzten Sonntag seinen Hauptauschuß zusammengerufen und vor ihm das Klagebuch über die nunmehr vereinsamte Opposition angeht, die man jetzt treiben müsse. Diese Rolle

ist manchem in dieser Partei nicht sehr sympathisch, sie sehen gerade in Württemberg zu wenig greifbare Möglichkeiten und Anlässe, an denen die Opposition so einhaken könnte, daß ihre Notwendigkeit vor aller Welt sinnfällig wäre. Da war es immerhin angenehm, bei der Nachbarpartei zur Linken noch eine gewisse Rückendeckung zu haben. Daß sie künftighin fehlen soll, wird umso mehr als Einbuße an eigener Machtposition empfunden, als offenbar auch in den eigenen Reihen selbst allerlei Zweifel und Unsicherheit sich breit macht.

Im Reichstag ist aus Württemberg Herr Bazille der einzige Abgeordnete der Bürgerpartei, der nach den politischen Gesichtspunkten der Deutschnationalen gewählt wurde, die drei übrigen Mitglieder dieser Partei im Reichstag sind nur als ganz engbegrenzte Interessenvertreter des Bauernbundes gewählt. Ähnlich ist das Verhältnis im Landtag, wo unter 28 Mitgliedern der bürgerparteilichen Fraktion 18 vom Bauernbund bestimmte Vertreter ausgesprochen agrarischer Interessen sitzen, die noch dazu eine ganz rücksichtslose Führung haben. Dem Einfluß dieser Gruppe ist es zu danken, daß die Lebensmittelpreise in Württemberg in ununterbrochenem Steigen begriffen sind, was besonders für die Pensionäre und Kleinrentner, aber auch für die Festbesoldeten, namentlich die in den niedrigeren Ortsklassen, sich drückend fühlbar macht. Die Bürgerpartei wagt nicht, dem entgegenzutreten, weil ihr sonst der parlamentarisch-politische Wirkungskreis stark eingeengt würde, aber allmählich werden ihre städtischen Wählerkreise doch mißtrauisch und unzufrieden. Solange bei dieser Sachlage die nächste Partei noch in gleicher Richtung mitging, war keine große Gefahr. Nun sie aber bewußt sich trennt und andere Wege einschlägt ist die Sache der Abwanderung nicht ganz leicht zu nehmen, und verstimmt die Bürgerpartei noch mehr.

Man hat es nun am Sonntag wieder versucht, mit der Balge von der „bayerischen Ordnungszelle“ die Anhänger zu beschwichtigen. Aber das glaubt ihnen hier niemand mehr so recht, denn deren Glanz beginnt doch bedenklich zu verblassen. Die Württemberger wollen nicht einsehen, daß der Reichsbürgerbund das wichtigste Merkmal und der würdevollste Ausdruck für einen Ordnungsstaat sei, und es gibt bei uns Leute, die der Meinung sind, daß „der Saustall“, ein Wort, an dem Dr. Heim offenbar viel Freude hat, nicht zwingend in den Verkehrskreis der Länder mit dem Reich eingeführt werden müsse. Was sonst in Bayern sozial geordneter sein soll, weiß hier niemand zu sagen. Ob das Treiben auf dem Oktoberfest mit seinen Reforzhiffen an Bier- und Weizwürsterverbrauch in den Augen der Deutschnationalen ein besonderer Beweis von der sittlichen Erneuerung des Volkes ist, bleibe dahingestellt. Wir müßten dann allerdings bekennen, daß Württemberg da mit seinem weiteren Verbot des Cannastatter Volksfestes wesentlich zurücksteht. Aber einstweilen tragen wir das mit Würde.

Bei den übrigen Parteien und bei der Regierung selbst hat die Bewegung im Reich noch keine große Unruhe hervorgerufen. Von der Vereinnahmung der Sozialdemokraten in die Regierung war einmal flüchtig wieder die Rede, ob in Berlin, wo der württembergische Staatspräsident gegenwärtig weil, darüber weiteres besprochen wird, ist bisher nicht bekannt geworden. Das parlamentarische Leben selbst ist noch auffallend ruhig, dagegen ist das wirtschaftliche um so betriebamer. Es sind alle Industrien wieder mächtig aufgerüttelt durch die geradezu unheimliche Verschlechterung der Mark. Man hat die bange Ahnung, daß das der Weg nach Österreich ist. Württemberg ist nicht der Ort, um dem maßgebend Inhalt gebieten zu können, aber es graut einem vor dem Winter, falls nicht durch internationale Regelung unsere Valuta stabilisiert wird.

Politische Neuigkeiten.

Die Kabinettsbildung.

Das „D. L.“ berichtet: Die Demokraten und das Zentrum haben ihre Zustimmung zu einem evtl. Eintritt der NSD. in die Reichsregierung von folgenden drei Bedingungen abhängig gemacht: 1. sollen sich die Unabhängigen unabweislich auf den Boden der Verfassung stellen, 2. müsse eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsorgan erzielt werden, 3. soll die Deutsche Volkspartei in eine evtl. Koalition mit den Unabhängigen einbezogen werden. Im übrigen ruhen die offiziellen Verhandlungen von Partei zu Partei, bis der Reichsverband der deutschen Industrie zur Frage der Beschaffung der Goldmilliarde für die nächste Reparationsleistung Stellung genommen hat. Man hofft, bis spätestens kommende Woche eine Klärung zu erreichen. Wie im Reich, so wird auch in Preußen die Frage der Regierungsumbildung nur innerhalb der Fraktionen besprochen.

Unterstützungsaktion für Rentner, Pensionäre usw.

Das „Berl. Tagebl.“ erfährt zu der vom Reichsminister im seiner letzten Rede angekündigten Aktion für die bedürftigen Schichten des deutschen Volkes, besonders für die Rentner und Pensionäre, sowie die notleidenden Angehörigen des Mittelstandes, daß es in der Absicht der Reichsregierung liege, die Aktion möglichst noch vor Einbruch des Winters in Gang zu bringen. Der eine Teil der Aktion soll sich auf die Invaliden-Rentner beziehen, für die eine Erhöhung der Renten geplant, der andere Teil des Unterstützungswertes sieht eine Unterstützung der bedürftigen aller Kreise vor. Man hat hierbei vornehmlich an die Kleinrentner gedacht. Für die Aktion wird ein Milliardenbetrag aufgebracht werden müssen.

Erhöhung der Posttarife.

Der Beirat der Reichspostverwaltung wird sich in den nächsten zwei Wochen mit einem Gebührentarif befassen, der eine Steigerung der bisherigen Sätze auf etwa das Dreifache des Friedenspreises vorsieht. Postkarten im Ortsverkehr sollen 50 Pf., nach dem Reich 75 Pf. kosten. Telegramme 50 Pf., das Wort. Briefe eine bis zwei Mark, je nach Gewicht und Reich, Pakete 4 bis 6 Mark. Begründet werden die Preissteigerungen damit, daß die Reichspostverwaltung ein Defizit von 2045 Millionen Mark aufzuweisen hat.

Die parlamentarische Vertretung der „Vereinigten“ K.P.D.

Die Vereinigte kommunistische Partei zählte nach der Spaltung in Halle eine Reichstagsfraktion von 26 Mitgliedern. Während der Sommerferien hatten die Moskauer Zeit zum Spalten. Die Wirkung wird sich beim Wiederzusammentritt des Reichstags nach dem „Volksfreund“ in folgender Vertretung zeigen:

1. Die Moskauer: Nemele, Stocker, Höllein, Koenen, Fröhlich.
2. Die Leviten: Levi, Malgahn.
3. Die Kausgenossen: Reich, Düwell, Geher jun.
4. Die Ausgetretenen: H. Teuber, Marie Wadwig.
5. Die Untergrundkinder: Zeifin, Kleitner, Gardt, Braß, Marx, Gehrman.
6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geher sen., Berthold, Eichhorn, Thomas, Fries.
7. Die Wilden: Ad. Hoffmann, Däumig.

Kapitänleutnant v. Killingers Vergangenheit.

Über die Persönlichkeit des Kapitänleutnants v. Killinger, der mit den Wöbern Erzherzogs in enger Verbindung gestanden hat, wird der „Berliner Volkszeitung“ aus ihrem Leserkreis geschrieben:

Der Kapitänleutnant v. Killinger, der in Augsburg aus dem D-Zug heraus verhaftet wurde, und der in der Münchener Verschwörerorganisation eine hervorragende Rolle gespielt hat, hat in den Kapitagen auch in Berlin Unheil angerichtet. Er war es, der am 15. März 1920 in provozierender Weise durch die Schloßstraße in Steglitz an der Spitze von einem Duzend Offiziere zog. Die Herren hielten den Zeigefinger am Gewehrhaub und räumten rücksichtslos Straßendamms und Bürgersteig. An der Schönebergerstraße stauete sich die Menge, darauf bildeten die Herren zwei Glieder. Das vordere kniete nieder und Herr v. Killinger kommandierte mit schneidiger Stimme: „Heuer!“ — Das Schreckliche geschah wirklich. Ohne jede Warnung wurde auf Killingers Befehl in die flüchtende Menge, die fast nur aus Frauen und Kindern bestand, hineingeschossen. Zwei Tote und sieben Verwundete blieben auf dem Platz liegen. Die Killingersche Bande kümmerte sich um ihre Opfer nicht, sondern zog nach Friedenau ab.

In der Steglitzer Gemeindevertretung führten diese entsetzlichen Vorgänge zu erregten Auseinandersetzungen. Ein Untersuchungsausschuß wurde eingesetzt, der die Schuld Killingers feststellte. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde erstattet. Diese teilte später mit, daß ein Einschreiten gegen Killinger abgelehnt wurde. Dabei war nicht ein einziger der namentlich angeführten Zeugen vernommen worden. Eine Beschwerde gegen diesen Beschluß hatte ebenfalls keinen Erfolg. Herr v. Killinger blieb unbehelligt.

Die Genfer Völkerbundstagung.

Die Montag-Abendhitzung der Völkerbundversammlung galt der Beratung der Abänderungsanträge zum Völkerbundspakt. Die vorgeschlagene neue Fassung des Art. 26, in dem der Abstimmungs- und Ratifikationsmodus bei Paktabänderungen festgelegt ist, wurde nach einer langen Debatte angenommen. Danach wird für Paktabänderungen die Mehrheit der Versammlung einschließlich aller anwesenden Delegierten der im Rat vertretenen Staaten gefordert, für die Ratifikation der Abänderungen die einfache Mehrheit der in der Versammlung vertretenen Staaten und die Gesamtheit der im Rate vertretenen Staaten. Jedes Mitglied, das innerhalb einer Frist von 2 Monaten (bisher 18 Monate) eine beschlossene Paktabänderung nicht ratifiziert, hat, kann im Laufe des Jahres dem Generalsekretär Kenntnis von seiner Weigerung geben und hört damit gleichzeitig auf, Mitglied des Völkerbundes zu sein. — In der sich anschließenden Debatte über die Abänderungsanträge zu Art. 16 (Wirtschaftliche Blockade) machte der holländische Delegierte Swinderan den überraschenden Vorschlag, angesichts der ungelärten Rechtslage und der großen Lücken in den Beschlüssen über

die Wirtschaftsbloade die endgültige Beschlussfassung auf nächstes Jahr zu verschieben, um inzwischen das Problem des Wirtschaftskrieges noch einmal sorgfältig zu prüfen und das einschlägige Material zu sammeln. Dieser Antrag, der bei einer Reihe von Delegierten, darunter auch den französischen Delegierten Beifall fand, wurde von Schanzer-Italien und Lord Robert Cecil-Südafrika bekämpft. Die Weiterberatung wurde auf morgen vertagt.

Die deutschen Gewerkschaften an den Völkerbund.

Die deutschen Gewerkschaften haben am 1. Oktober ein Telegramm nach Genf gerichtet, in dem sie ihre nach Genf berufenen Vertreter ersuchen, den Völkerbundsrat um Entsendung von Vertretern des Völkerbundes nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabsehbaren Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung sei die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unabsehbare notwendig und diese örtliche Prüfung könne nicht durch die mündliche Vereinbarung von Vertrauensmännern in Genf ersetzt werden.

Das Elend in Tirol.

Die Wienerblätter berichten aus Innsbruck über die große Erregung und Enttäuschung in allen Schichten der Bevölkerung wegen des bisherigen Mislingens der Kreditaktion und des Aufkaufes der Geschäfte durch valaisartische Aufkäufer. Der christlich-sozialen „Tiroler Anzeiger“ verlangt, die Landesregierung wolle den Verkauf dringender Bedarfsartikel an alle Fremden mit eiserner Strenge verbieten, denn sonst würde das Volk in seiner Verzweiflung zur Selbsthilfe greifen. Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ sagt, der Unwille der breiten Masse der Bevölkerung sei so groß, daß er mit jeder Stunde zum Ausbruch kommen könnte.

Die Handelskammer Innsbruck erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung, ruhig zu bleiben und nicht durch panikartiges Zusammenstampfen den Mitbürgern die notwendigen Bedarfsartikel wegzunehmen und die Lage vollends zu erschöpfen. Andererseits fordert die Kammer zu geschlossenem Zusammenwirken aller Kreise gegen das Vorgehen fremder Aufkäufer auf. Das „Alpenland“ bespricht in diesem Zusammenhang das ungeheure Hinauffahren der Preise in Innsbruck, das sich in der Steigerung der Indexziffer von 177 im August auf 260 im Oktober am deutlichsten ausdrückt.

In einer Mitteilung der „Frankf. Btg.“ aus Innsbruck werden diese Berichte bestätigt. Die Anzeichen für eine tiefgehende Volksbewegung in Tirol, so heißt es darin, mehrten sich zusehends, nur ist noch nicht deutlich genug ersichtlich, gegen welche Front sich die Bewegung richten wird. Die Zahl der Unzufriedenen ist sehr groß. Die Ursachen dieser Unzufriedenheit sind in erster Linie wirtschaftlicher Art. Die starke Entwertung der Krone und die von Tag zu Tag zunehmende Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel haben eine panikartige Stimmung erzeugt. Die Währungen der Nachbarstaaten, namentlich die des Schweizervaterlandes, waren in den letzten Tagen ganz ungeheuerlich gestiegen. Die Folge davon war der Versuch von Italienern und Schweizern, welche große Aufkäufe machten und auf diese Weise eine unheilvolle Stimmung erzeugten. Der Einheimischen bemächtigte sich tolle Angst, die verfügbaren Kronenwerte wurden verschleudert und zu Aufkäufen verwendet, alles, was Geld hatte, setzte dieses in Waren um, deshalb gab es am 28. und 29. September mehrere große Kaufleute in Innsbruck, darunter auch ein Warenhaus in der Maria Theresiastraße, welche vor dem Andrang und teils wegen Mangels an Waren ihre Geschäfte schließen mußten. Inzwischen hat die Landesregierung bereits ein Ausfuhrverbot für Lebensmittel und Bedarfsartikel aus dem Lande erlassen, wohl um einige Tage zu spät. Es wird auch ein strenges Einreiseverbot für Angehörige valaisartischer Länder (Italien, Schweiz) gefordert, desgleichen strengere Überwachung des Reiseverkehrs, aber es ist sehr zu bezweifeln, daß solche Maßregeln durchzuführen sind.

Aber auch aus politischen Quellen wird die Unruhe genährt. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß die Legitimisten in Tirol gerade jetzt Boden zu gewinnen suchen und ihre Werbearbeit verstärken, wohl im Vertrauen auf den großangelegten Plan, mit Hilfe Ungarns in Wien Erfolge zu erzielen, in der Meinung, die Bewegung würde dann auch auf die Länder übergreifen. Ein von Generaloberst v. Dankl, dem bekannten Führer aus dem letzten Kriege, unterzeichneter Aufruf, der bis in die äußersten Täler Nordtirols hinaus verbreitet wurde, forderte die „Rückkehr zu den alten Verhältnissen“ und die Betätigung „altitalienischen Geistes“. Deutlichere Ausdrücke wurden vermieden, aber es ist ohnedies klar, was damit gemeint ist. Dankl, der in Tirol sonst einen guten Namen hat, ist der Leiter der Karlistenbewegung in Tirol. In seinem Hause in Innsbruck finden die Zusammenkünfte des Hochadels und der Karlisten statt. Diese halten also ihre Zeit für gekommen, um die Pläne der Legitimisten zu verwirklichen. Die allgemeine wirtschaftliche Not und die daraus entspringende Unzufriedenheit mit der Wiener Bundesregierung, erscheint ihnen als der passende Augenblick für die Verwirklichung ihrer Pläne. Ihre Pläne werden demnach festgeschlagen, sie werden nicht einmal vorübergehende Erfolge haben.

Die Stimmung gegen Wien ist allerdings auf das äußerste gereizt, und seit die Abstimmung im April d. J. den Willen des Landes zum Anschluß an Deutschland kundgetan hat, ist der Miß zwischen Wien und Innsbruck immer breiter geworden. Es taucht denn auch jetzt wieder der Anschlußgedanke auf, und Landesrat Dr. Steibler, der soeben, um allen unvorhergesehenen Gefahren, von welcher Seite sie auch kommen mögen, gewarnt zu sein, 10 000 Mann der Tiroler Heimatwehren mobilisieren ließ, hat erklärt, wenn die Wiener Regierung Zwangsmassnahmen gegen Tirol anwende, wenn sie beispielsweise die Reisefuhr sperre, so werde Tirol wissen, wo ihm geholfen werde. Dieser deutlich fingenreißige nach Norden ist außerordentlich kennzeichnend. Er gibt deutlich die Richtung, welche die vorläufig noch etwas verworrene Volksbewegung nehmen wird.

Um das Burgenland.

Die Völkervertragskonferenz hat eine Anregung der italienischen Regierung bei den alliierten Regierungen zur Kenntnis genommen, die Kabinette von Wien und Budapest zur Entsendung von Bevollmächtigten nach Rom aufzufordern, um dort unter den Auspizien des italienischen Ministers des Äußeren ein Abkommen über die Frage des westungarischen Gebietes zu schließen. Die Konferenz hat diesen Vorschlag angenommen und die alliierten Vertreter in Österreich und Ungarn beauftragt, die nötigen Schritte zu diesem Zweck zu unternehmen. — Eine amtliche Mitteilung besagt: Der von der Völkervertragskonferenz gefasste Beschluß, die italienische Regierung zu beauftragen, mit Vertretern Österreichs und Ungarns über das Burgenland zu verhandeln, kann nicht als endgültig angesehen werden. Die englische Regierung hat ihre Zustimmung zu dem italienischen Abkommen noch nicht gegeben.

Eine sensationelle Wahl in Paris.

Bei einer Erziehungswahl zum Pariser Stadtrat wurde gestern der gemeinsame Kandidat der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, der Marineingenieur Marty, gewählt, der im vergangenen Jahre wegen Landesverrat zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Marty war jener Marineoffizier, der im Jahre 1919, als die französische Schwarze Meer-Flotte zur Unterstützung Wrangels den Aufbruch nahm, die russische Küste zu beschließen, sich an der Spitze eines Teiles der Mannschaften weigerte, an Kriegshandlungen teilzunehmen gegen ein Land, mit dem Frankreich sich nicht im Kriegszustand befand. Die Verurteilung Martys, der aus rein idealistischen Motiven gehandelt hatte, war weit über die Kreise der Sozialisten hinaus als hart und ungerecht empfunden worden. Er hat gestern auch einen großen Teil der bürgerlichen Stimmen erhalten, und seine Wahl darf lt. „Frankf. Btg.“ als Demonstration gegen den Militarismus angesehen werden. Nach dem Gesetz ist sie, da Marty zu einer entehrenden Strafe verurteilt worden ist, ungültig. Es hat jedoch bereits eine starke Bewegung zu Gunsten einer Amnestierung Martys eingesetzt.

Das Arbeitslosenproblem in Amerika.

In Washington ist, wie die „Chicago Tribune“ meldet, gestern die Konferenz zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit in Anwesenheit von 5000 Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und anderer Kreise der Bevölkerung eröffnet worden. In seiner Eröffnungsrede sagte Präsident Harding: Normalerweise gibt es in den Vereinigten Staaten 1 500 000 Arbeitslose, aber eine solche Arbeitslosigkeit ist nichts außerordentliches mehr. Der Präsident wendete sich gegen die, die den schlechten Geschäftsgang der Nichttraffikanten des Versailles Friedensvertrags durch die Vereinigten Staaten zuschreiben. Harding erklärte weiter, daß eine Unterbrechung der Arbeitslosen aus dem Staatschatz eine Quelle der Verwirrung anstatt eine Heilquelle sein würde und fordert, daß Kapital und Arbeiter einen Weg aus der geschäftlichen Depression finden müßten. Handelsminister Hauber empfahl die Bildung von Genossenschaften.

Kurze polit. Nachrichten.

DZ. Zeitungsverbot. Die Grünstädter „Neuesten Nachrichten“ und das „Frankfurter Tagblatt“ wurden wiederum auf drei weitere Tage verboten.

* Sturm auf eine französische Granatenfabrik. Die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ melden aus Paris, in Nancy haben sich wieder kommunistische Unruhen ereignet. Die Kommunisten führten einen Sturm gegen die Granatenfabrik und zerstörten teilweise das Material, mit dem Duse: „Wieder mit dem Krieg“. Die Polizei und Gendarmerie mußte eingreifen. Es kam zu einem heftigen Zusammenstoß, wobei mehrere Personen verwundet wurden.

* Das Ende des Kommunismus in Rußland. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Daily News“ erklärte Maxim Gorki, der Kommunismus in Rußland werde seinen Bestand haben. Seiner Ansicht nach werde eine Art sozialdemokratischer oder gar demokratischer Republik, ähnlich der Vereinigten Staaten, entstehen. Die Aufhebung der Blockade würde der beste Weg sein, um Rußland zu helfen. Augenblicklich sei keine andere Regierung in Rußland möglich als eine bolschewistische. Wenn die augenblickliche Regierung fallieren sollte, so würde ein vollständiges Chaos in Rußland die Folge sein.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 5. Oktober. Der Landtag erledigte heute in zweiter Lesung die Gemeindeordnung, nachdem Minister Kemmels betont hatte, daß auch der neue Staat die Selbstverwaltung der Gemeinden hochhalte. Daß ihre Steuerhöhe wie auch jene der Länder zugunsten des Reiches beschränkt werden müßte, sei eine Folge des Zusammenbruchs, keinesfalls des derzeitigen herrschenden Systems, wie von deutschnationaler Seite behauptet werde. Der Minister wünschte, daß das Gesetz in dem Geiste angewendet wird, aus dem heraus es geboren wurde. (Beifall.)

Während der Einzelberatung war Reichsanwalt Dr. Wirth, der sich auf einer Reise nach Freiburg befand, in seiner Eigenschaft als badischer Landtagsabgeordneter im Hause erschienen, vom Präsidenten unter Beifall herzlich begrüßt.

In beiden Lesungen fanden ferner Annahme die Gesetzentwürfe betr. Befolgung der Körperchaftsbeamten und Abänderung des Forstgesetzes, sowie über Erziehung und Unterricht nicht volljähriger Kinder. Genehmigt wurde auch der fünfte Nachtrag zum Staatsvoranschlag mit der Änderung, daß an Leuzersulzungen für die Geistlichen der altkathol. Kirche 60 000 M., der israelitischen Religionsgemeinschaft 30 000 M. und der freirelig. Gemeinde 8000 M. ausgeworfen werden. Für die kath. Kirche hat es mit 24 Millionen, für die evang. Kirche mit 12 057 000 M. sein Bewenden. Heute nachm. 4 Uhr findet wiederum eine Sitzung statt.

Ausflug nach Rastatt.

DZ. Karlsruhe, 5. Okt. Regierung und Landtag begaben sich gestern mittag bei herrlichem Ausflugs Wetter nach Rastatt, um dort zunächst die Sieblungen in Augenschein zu nehmen. Bürgermeister Dr. Renner war mit dem Gemeinderat zugegen und gab Aufschluß über das Bauprogramm, in das sich die Stadt, Genossenschaft und Private teilen. Es wurde in den freundlichen Gärten gute Arbeit geleistet, wobei man allerdings auch hier bekräftigt fand, wozu teureres Geschäft die Erstellung von neuen Wohnungen geworden ist. Das größtenteils der Stadt und dem Fiskus gehörige Gelände konnte freilich billig abgegeben werden. Ein Blick entlang der Wärg zeigte die Eindehnung der Wälsle, wodurch bereits 17 Hektar Ackergerände gewonnen wurden.

Nach einem Rundgang ging in die Stadt zurück, zum Besuche des Rastatter Schlosses, das als letztes Glied in die Reihe der Schlösserbeseitigungen aufgenommen war. In dem von seinem Widern entbliebenen Ahnensaal richtete der Bürgermeister herzliche Begrüßungsworte an die Gäste, auf die Staatspräsidenten Trunk mit dem Wünsche dankte, daß Rastatt nunmehr die Entwicklungsmöglichkeiten finden möge, die ihm bisher durch mancherlei Umstände — hauptsächlich militärischer Art — verschlossen waren. Ministerialrat Dr. Girsch hielt darauf in der ihm eigenen Art einen höchstinteressanten Vortrag über die Geschichte des Rastatter Schlosses. Nachdem man durch die letzten Räume, in denen während des Krieges Militär Unterkunft fand, gewandert war, besuchte man die Schlosskapelle, die in ihrem vollen Schmuck erhalten geblieben ist. Darauf brachte der Zug die Teilnehmer nach Ruppenheim, von

wo in halbständigem Spaziergang das idyllisch im Park gelegene Schloßchen Favorite erreicht war. Favorite ist ein wahres Juwel, wie ein Rundgang durch die hübsch ausgestatteten Räumlichkeiten beim Scheine der stillerechten Kerzen leuchtet — es war inzwischen bereits dunkel geworden — überzeuge.

Gegen 9 Uhr kehrten die Herren nach Karlsruhe zurück, um mit der parlamentarischen Arbeit heute und morgen heftig zu machen.

DZ. Der Haushaltsausschuß hat das Wohnabgabegesetz in zweiter Lesung beraten. Der Ausschuß nahm einen Vertrauensantrag an, das Gesetz des Bad. Handwerkerkongresses, wonach in die Bestimmungen des Gesetzes ein Passus aufgenommen werden soll, daß für die Bauarbeiten angemessene Preise bezahlt werden sollen und mit der Wohnabgabe nur Wohnneubauten gefördert werden dürfen, wenn die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe der Festsetzung der Kontrolle einer öffentlich-rechtlichen Stelle unterstellt werden, der Regierung zur Benützung bei der Reform des Submissionswesens zur Kenntnisnahme zu überreichen.

DZ. Nach dem Beschlusse des Verfassungsausschusses soll das Grundstückssteuergesetz in dem zu Ende gehenden Landtag nicht mehr erörtert werden. Dieser Beschluß wurde hauptsächlich im Hinblick darauf gefaßt, daß der Landtag wahrscheinlich am Mittwoch nächster Woche seine Tagung schließen will und die Zeit so nicht mehr ausreichen würde, um das Gesetz zu beschließen.

DZ. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Besteuerung des Eigenheimbesitzes und Betriebsvermögens im Rechnungsjahre 1921 durch die Kreise vorgelegt.

DZ. Dem Landtag sind Gesetze des Badischen Städtebundes und Städteverbundes, sowie der Gemeinderäte Billingen und Säckingen wegen des Wohnabgabegesetzes zugegangen.

DZ. Die Handelskammer Freiburg ist beim Landtag wegen des Überganges der bisher in Baden bestehenden orthopädischen Werkstätten an eine Berliner Gesellschaft vorstellig geworden. Eine Eingabe der hiesigen Handwerkskammer betrifft den Schutz der badischen Chirurgie, Mechaniker, und Orthopädischmachermeister.

Eine peinliche Frage.

Das Billinger Zentralblatt berichtet: In Emmendingen hatte die deutschnationale Partei vor einigen Tagen eine Versammlung, in der General a. D. Gallwitz sprach. In der Diskussion stellte ein Redner an den General folgende Frage — und damit schließt der Versammlungsbericht, den wir der „Freiburger Tagespost“ entnehmen: „Nachdem Sie, Herr General, alles vernommen und die ganze heutige Politik als falsch verworfen haben, wollen Sie jetzt klar die Frage beantworten, welche Politik Ihre Partei für richtig hält. Wie denken Sie sich einen Krieg, den Sie bestreitet angekündigt haben, nachdem wir völlig wehrlos geworden sind? Herr v. Gallwitz, der alles so sehr verwerfen konnte, erwiderte: „Wie es gemacht werden soll, wie ein Aufbruch möglich ist, weiß ich auch nicht.“ Allgemeine Entrüstung brach los. Der Herr General meinte dann noch, der Karren sei jetzt zu stark im Dreck, und verließ eilig den Saal, wohl froh, daß der Zug ihn aus Emmendingen führte.“

Badischer Landesverband zur Hebung des Fremdenverkehrs.

DZ. In Badenweiler fand die Hauptversammlung des Badischen Landesverbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs statt, die mit einer Begrüßungsfeier am Samstagabend im Kurhausaal eröffnet wurde. Bürgermeister Bölling hieß die zahlreich aus nah und fern Erschienenen willkommen. Am Sonntag vormittag begann die Haupttagung zur Erlebung der geschäftlichen Angelegenheiten, ebenfalls im Kurhausaal unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Rißch (Handelskammer Karlsruhe). Als Regierungsvertreter nahmen die Herren Oberamtmann Hepp Mühlheim und Geh. Regierungsrat Schifferdecker an der Tagung teil. Der Vorsitzende betonte, daß in keinem deutschen Landesteil der Eisenbahnverkehr so auf der Höhe sei, wie in Baden. Nach Ausführungen der Regierungsvertreter, wobei unter anderem Regierungsrat Schifferdecker bemerkte, es sei leuchtend, eine Schnellzugs- oder Eilzugsverbindung auf der Hohenstaubahn von Freiburg nach Ulm durchzuführen und weitere Verbesserungen des Bahnverkehrs seien geplant, sprachen noch Kurdirektor Major Fernow und Abg. Dr. Bod-Wilheim.

In der Aussprache wurden verschiedene Wünsche und Anträge vorgebracht, unter anderem forderte Verkehrsminister Duffner-Freiburg, daß die Schlafwagen in ganz Baden, also auch im Oberland verkehren und nicht nur von Mannheim aus gehen. — Die Versammlung nahm folgende Entschlüsse an:

Der badische Verkehrsverband hält die Befreiung von allen durch den Kriegszustand getroffenen einschränkenden Bestimmungen für unumgänglich notwendig. Baden als ausgeprochenes und bedeutendes Reise- und Erholungsgebiet und als Grenzland wird von solchen Einschränkungen ganz besonders getroffen. Nachdem die außerdeutschen Nachbarstaaten mit dem Abbau aller Einreisebeschränkungen begonnen haben, müssen auch die Bestimmungen in Baden über Einreise- und Meldepflicht beseitigt oder doch wesentlich gemildert werden.

Es kamen sodann verschiedene aktuelle Fragen, wie die Frage des Restamensens, des Badischen Kalenders, des Badischen Landesfilms usw. zur Aussprache, worauf der bisherige Vorstand des Landesverbandes und der Ausschuß wiedergewählt wurden. Zum nächsten Tagungsort wurde Konstanz bestimmt. Die Tagung fand ihr Ende mit einer Autofahrt für Teilnehmer auf den Wälschen.

Zur Katastrophe von Oppau.

DZ. Ludwigshafen, 1. Okt. Bezüglich der Befürchtung, daß die noch in Oppau lagernden 7000 Tonnen Ammoniumsulfatpeter ebenfalls explodieren könnten, und so ein neues Unglück zu befürchten sei, teilt die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit, sie habe kein Bedenken, das Salpeter in dem Lagerhaus zu belassen, zumal es Tag und Nacht bewacht werde, so daß kein Unbefugter Zutritt habe. Zurzeit ist noch keine Möglichkeit vorhanden, das Produkt abzutransportieren, wegen der zahlreichen Trümmer, die in der Nähe des Lagerhauses die Zufahrt versperrten und das Salpeter überdeckten. Die Katastrophe fordert immer noch weitere Opfer.

Dieser Tage verstarb Frau Hauptlehrer Rapp im Frankenthaler Krankenhaus infolge eines schweren Schädelbruchs.

DZ. Konstanz, 4. Okt. Anlässlich der furchtbaren Explosionskatastrophe in Oppau wird die Stadtverwaltung Konstanz eine Spende in Höhe von 6000 M. an den Reichshilfsausschuß für Oppau-Ludwigshafen überweisen; außerdem wird ein Aufruf zur Bänderung der Not an die Bürgerschaft erlassen werden.

Der französische Gesandte in München hat dem bayerischen Ministerpräsidenten das Beileid für die Opfer der Oppauer Katastrophe zum Ausdruck gebracht und bei dieser Gelegenheit eine Spende gegeben.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrshemmnisse.

Sperre für Frachtfähigkeit nach Stationen im besetzten Bezirk Köln wird aufgehoben. Gesperrt bleibt Annahme von Frachtfähigkeit nach Köln Bonhof Ort und Köln Gereon Ort sowie von Frachtfähigkeit, das in Köln Gereon oder Kall Nord umgeladen werden muß.

Ausgenommen von dieser Sperre sind Lebensmittel, einschließlich Bier und Wein, Futtermittel, Saatgut, Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen, Arzneien, Apothekerverfahren und Befahrungsgut.

DZ. Freiburg, 4. Okt. Vor einiger Zeit sind bekanntlich einige Silberhiebe aus dem hiesigen Unterjünglingsgefängnis entflohen und glücklich bei Breisach über den Rhein im Auto entkommen. Wir haben auch die Nachricht gebracht, daß kurze Zeit darauf unter dem Verdacht der Beihilfe zu dieser Flucht ein Gefängniswärter in Haft genommen wurde. Nun wurde ein Gefängniswärter in Haft genommen, welcher entlassen, da sich seine Anschuldigung genau feststellen ließ, wieder entlassen, dagegen wurde ein anderer Wächter in Haft genommen, der, wie es heißt, schon ein Geständnis abgelegt haben soll, für 2000 M. den Schiebern die Freiheit verschafft zu haben.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Herbstwoche.

Die badischen Maler- und Tüchlermeister hielten am Montag ihren 20. Verbandstag ab, der vom 1. Vorsitzenden, Herrn Racotz, mit einem Bild- und Ausblick eingeleitet wurde. Der Verband zählt heute nahezu 800 Mitglieder. Redner bemerkte, daß die Arbeitsvergabe von Staat und Stadt sehr zu wünschen übrig lasse. Man sei mehr oder weniger bestrebt, zum alten Submissionswesen zurückzukehren. Es müßten angemessene Preise verlangt werden, aber keinesfalls zu hohe. Angemessene Preise erfordere aber unter allen Umständen Qualität. Der Reichstagsvertrag, der am 13. Februar 1920 abgeschlossen wurde, laufe am 5. Februar 1922 ab. Bei den nächsten Verhandlungen über den Reichstagsvertrag würden auch die Rechtsfrage und die Urteilsfrage eine Rolle spielen. Im Laufe des Jahres findet in Bern ein internationaler Kongress statt, der sich mit dem Verbot der Weisverarbeitungen beschäftigt. Das deutsche Malergewerbe wird dabei durch den Bundesvorsitzenden Krufe vertreten sein. Redner fand empfehlende Worte für die neue badische Landesfachschule für das Malergewerbe und warnte im Schlußteil seines Referats angelegentlich der bevorstehenden Wahlen vor der Bildung von wirtschaftlichen Sondergruppen. Die Handwerkerorganisationen müßten durch die politischen Parteien und den Parlamenten ihre Forderungen zu erreichen suchen. Als notwendig erkannt werde eine großartige deutsche Malerfachzeitschrift. — Schriftführer Haug sprach sodann über den Plan einer Malerfachausstellung in Karlsruhe, während der Herbstwoche 1922. Es soll insbesondere Gewicht auf Muster für bemalte Wohnräume gelegt werden. — Einen breiten Raum in der Aussprache nahmen die Gestaltung des Reichs und die Frage der Preisbildung ein. — Es wurde ein Antrag angenommen, monach der Malerverbandstag vom Landtag erwartet, daß der im Ausschuss abgeleitete Antrag Dr. Wodner zur Frage der Preisfestsetzung, demnach Annahme finde. — Nach Genehmigung des Voranschlags 1922 und der Wiederwahl des seitherigen Vorstandes wurde die Tagung geschlossen.

Allgemeiner Deutscher Sprachverein, Zweigverein Karlsruhe. Für nächsten Freitag, den 7. Oktober, ist Geh. Hofrat Dr. O. Wegagel, ordentlicher Professor an der Universität Gießen, vom hiesigen Zweigverein des Deutschen Sprachvereins als Redner gewonnen worden. Wegagel ist wohl der bedeutendste Germanist der Gegenwart: u. a. Verfasser des grundlegenden Werkes über „Die deutsche Sprache“ und Herausgeber der Werke Hebel. Der Vorlesende, ein Karlsruher Kind, ist schon des öfteren mit großem Erfolg im Sprachverein aufgetreten. Das von ihm neuer gewählte Thema: „Deutsche Schimpfwörter“ wird von dem Redner fest und anziehend gestaltet werden. Bei dem doch die Deutsche Sprache eine Menge Wörter, die früher Schimpfwörter waren, aber im Laufe der Zeit ihre schlimme Bedeutung verloren haben. Der Vortrag bespricht daher lehrreich und unterhaltend zu werden. Er findet abends 8 Uhr im großen Rathsaal statt. Das Nähere wolle aus dem beifolgenden Anzeigenteile entnommen werden.

Badische Gemeindeschau.

DZ. Karlsruh, 4. Okt. Laut Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen für das Jahr 1921/22 betragen im Vorjahr die laufenden Ausgaben bei der Stadtkasse 3 255 723 M., in dem laufenden Jahre sind eingestellt 4 454 021 M. Die Einnahmen beliefen sich 1920/21 auf 2 508 826 M., der neue Voranschlag sieht 3 107 842 M. vor. Der ungedeckte Aufwand des Vorjahres betrug 740 897 M., für das laufende Jahr sind 1 346 179 M. zu erwarten. Dieser Betrag ist auf die umlagepflichtigen Steuerwerte umzuliegen. Die Vermögensgegenstände in Höhe von 34 431 550 M. erbringen 688 631 M., die Steuerwerte des Betriebsvermögens in Höhe von 32 926 200 M. erbringen eine Summe von 658 524 M. Nach Abzug des ungedeckten Aufwandes von 1 346 179 M. bleibt ein Überschuss von 976 M.

DZ. Gernsbach, 4. Okt. Am Samstag und Sonntag tagte hier der Verein Badischer Bürgermeister und der Badische Gemeindeverband. Auch die badische Regierung war auf dieser Tagung vertreten. Das Morgenstück wurde beschäftigt. Als nächster Tagungsort wurde Krozingen vorgezogen. Auf der Hauptversammlung des Vereins Badischer Bürgermeister entbot Bürgermeister Meines den Willkommengruß der Stadt Gernsbach. Es sprachen u. a. Ministerialrat Dr. Bender als Vertreter des Ministeriums des Innern, Landeskommissar von Willeben, und namens der Bürgermeister des mittleren Städteverbands Bürgermeister Schneider-Gaggenau. Der Vorsitzende des badischen Gemeindeverbandes, Herr Zulier, gab einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Verbandes. Es wurde u. a. darüber Klage geführt, daß die sogenannten Alt-Bürgermeister in vielen Fällen kaum eine merkliche Revision ihrer Pensionsgehälter durchzuführen können und im Alter oft der Not ausgeführt seien. Von 1500 Bürgermeistern, die für den Verein in Frage kommen, gehören 1300 bereits dem Verein an. Über die Beförderungsbefreiung referierte der Vereinsvorsitzende Koch. Ausgiebig wurde zu dieser Frage aus der Mitte der Versammlung Stellung genommen. Bürgermeister Bachner aus Friedrichsfeld berichtete über die neue Gemeindeordnung. Der Voranschlag für 1922 mit 23 000 M. wurde genehmigt.

DZ. Offenburg, 4. Okt. In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde die Aufhebung des Lebensmittelamtes, der Ortshausstellen, der städtischen Verkaufsstellen, des Lebensmittelamtes und der besonderen Kommunalverbandsrechnung auf spätestens 1. Januar beschlossen. — Das städtische Wasserwerk hatte im laufenden Jahre so starke Ausgaben, daß nun mit einem großen Fehlbetrag zu rechnen ist. Eine sofortige Erhöhung des Wasserpreises ist unumgänglich. Das Wasserwerk sollte mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. auf 10 M. von 100 M. Mietwert (bisher 4,50) und auf 70 Pf. pro Kubikmeter für die sogenannten Wassermessradonnen und für Nachzahlungen erhöht werden. Der Stadtrat konnte sich diesem Vorschlag der Kommission für die städtischen Werke nicht anschließen, er geht vielmehr einer provisorischen Regelung den Vorzug dergestalt, daß für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1922 100 Prozent Zuschlag zum gegenwärtigen Wasserpreis erhoben werden. Die Vorlage wird dem Bürgerausschuß unterbreitet. — Am 13. Oktober soll in Offenburg eine Schweineprämierung stattfinden, wozu circa 60 Schweinebuchten mit einem Aufwand von 10 000 M. erforderlich sind. Durch die beschriebenen Einquartierungen wurden während der Kriegszeit die früher vorhandenen gewesenen Buchten zerstört. Nun sollen sie neu errichtet werden, wenn die Landwirtschaftskammer die Hälfte der Kosten übernehmen wird.

DZ. Gernsbach, 2. Okt. Der Bürgerausschuß genehmigte den neuen Voranschlag für 1921/22, der einen ungedeckten Aufwand von rund 115 000 M. vorläßt, welcher durch Umlage aufgebracht werden muß. Für Erweiterungsbauten an der Turnhalle sollen 20 000 M. ausgegeben werden, für Erweiterung der Wasserleitung 10 000 M. Die Einnahmen belaufen sich insgesamt auf 936 724 M., die Ausgaben einschließlich der Schuldenrücklage 1 041 201 M.

DZ. Freiburg i. Br., 4. Okt. Nach den vom Reich festgesetzten Normen sollen nun auch die städtischen Beamten und Angestellten und die Versorgungsberechtigten entsprechend entschädigt werden. Folgender Nachschuß wird dadurch verursacht werden: Für Beamte jährlich 1 542 000 M., für Angestellte 784 000 M., für Versorgungsberechtigte 174 000 M., zusammen 2 500 000 M. Das laufende Rechnungsjahr wird mit 1 667 000 M. belastet. Nachdem den Arbeitern in den Reichsbetrieben vom 1. August 1921 an die Erhöhung des Feuerungspreises um 1 M. für die Stunde bewilligt ist, wird auch den städtischen Arbeitern von demselben Zeitpunkt an eine Lohnerhöhung zugestimmt werden müssen. Die Mehraufwendung wird vom 1. August d. J. rund 3 700 000 M. jährlich betragen, während die vom 1. Juli d. J. bewilligte Erhöhung rund 300 000 M. erfordert.

Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgetrennten Rubrik bedeutendere Darlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bezieht sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Erzberger und das Ausland.

Von Chefredakteur A. Peter-Radolfzell.

Just in diesen Tagen geht eine Notiz durch die Zentrums- und die als Anhaltspunkt dienen kann. Erzberger habe sich einem Freunde gegenüber geäußert, er hätte erwartet, daß Marschall sich nach dem Vorgang der Justizrevolution anders verhalten hätte. Der Verfasser hat sich also getäuscht. Er hat auf Seiten des Feindes eine Gefügigkeit vorausgesetzt, die nicht vorhanden war. Er hat insbesondere bei Marschall sich, dem Katholiken, vergebens auf geneigtes Gehör gewartet. Er hat sich über das Wesen des französischen Militarismus falschen Hoffnungen hingegeben. Heute noch vertritt Professor Förster in Zürich, ein um die Vertretung des Friedensgedankens hochverdienter Mann, die grundfalsche Auffassung, der französische Militarismus sei ein freundlicheres Gewächs als der deutsche. Ob Franzose, ob Engländer, Russen oder Deutsche, die menschliche Natur bleibt sich im Wesen gleich. Der Militarismus aller Schattierungen weckt Waffenleidenschaften, und alle dieser Leidenschaften bleiben die gleichen bei allen Völkern. Die Bewohner des besetzten Gebietes wissen ganz genau, was sie vom französischen Militarismus zu halten haben und nicht einmal die glänzende Feder Forsters wird ihr Urteil bestreiten.

Erzberger hat sich — wenigstens für den Augenblick — getäuscht. Ob auch für die Zukunft, ist eine Frage, die man heute noch nicht beantworten kann. Ein gewisser Mangel an geschichtlicher Bildung ließ ihn Hemmungen im Seelenleben der feindlichen Völker, die im Lauf der Jahrhunderte groß geworden sind, zu gering ansetzen. Er übersah auch, daß gerade die gebildeten Schichten einer Nation am allerschwersten zur Änderung eines politischen Kurzes, der gleichbedeutend ist mit dem Druck einer ganzen Überlieferung, zu bewegen sind. Unintuitiv hat sich der Verstorbenen an die Schichten der Bevölkerung gehalten, die von den Hemmungen geschichtlicher Überlieferung frei sind. Das Mißverhältnis zwischen der alten Regierung und Erzberger hatte in der völlig verschiedenen Geistigkeit beider seinen Ursprung. Erzberger war ganz gegenwärtig, die Männer der alten Regierung waren Vertreter eines Reichsideals, das auf dem Boden der preussischen Geschichte gewachsen war, nicht der heutigen — darüber weiß Förster präzisieren zu können — und das Jahr 1914 bedeutete sein Ende. So erlebten wir das Sinnlose, daß ein Mann ohne geschichtliche Bildung, nur kraft seines ungewöhnlichen Wirklichkeitsfinnes, unbewußt der Vertreter der älteren, in ihren Anfängen bis ins fünfzehnte Jahrhundert zurückreichenden Überlieferung, der deutschen Tradition wurde, während die Vertreter der gelehrten Bildung heinabe ausnahmslos an einem Ideal festhielten, dem die Geschichte das Todesurteil gesprochen hat und mit dem Aufgebot aller Überredungskünste die Nation zur Verehrung eines geistig-politischen Fetisch zwingen wollten. Man raunte sich gerührt den Spruch vor: „Die Böden von 1914!“ Du lieber Gott! Wie waren wir ideenloser als in jenem Jahr.

Wie steht es dann mit der Schuld des Ermordeten? Hätte er im äußeren Erfolg geübt und wären seine großen Bemühungen um einen anständigen Frieden nicht am Stürmen der französischen Militaristen und Nationalisten gescheitert, Erzberger wäre der Liebling des Volkes geworden. Nun da ihm der äußere und augenscheinliche Erfolg verwehrt blieb, mußte er die Wahrheit ausfinden, daß der Erfolg in der Politik alles rechtfertigt, der Mißerfolg alles verdächtigt macht. So ist es immer, seine Schuld ist sein Mißerfolg, und den Hauptanteil daran tragen die französischen Machthaber. Auf ihr Konto fällt aller einseitige Haß, den der Tag der Waffenstillstandsbedingungen und der Tag von Versailles gegen den Ermordeten heraufbeschworen haben, an der Ermordung Erzbergers tragen die Hoch, Briand, Millerand usw. ihr vollgerichtetes Maß moralischer Miskund.

Für den katholischen Christen fällt die Schuld eines Menschen nicht mit seinem Mißerfolg zusammen; sein Gewissen bezieht ihm jeden materialistischen Schuldbegriff. Erzberger

war von edlen Absichten getragen, und wer ihm die Vaterlandsliebe abspricht, ist ein schlechterer Menschenfeind als die Franzosen, die von ihm nichts anderes erwarteten, als daß er für den deutschen Säckel haufe. Hat Erzberger, wie seine Gegner wollen, gewalttätig gehandelt, dann war auch dies die natürliche Gegenaktion gegen eine beängstigende und alle Kräfte lähmende Inaktivität. Man vergißt, daß die Handlungsweise Erzbergers immer gemessen wird an der Kriegsauffassung seiner politischen Gegner, und daß seine Schuld dazu herhalten soll, die moralische Alleinberechtigung der gegnerischen Anschauungen zu stützen. Ein offenerer Trugschluß, wie ihn nur die Leidenschaft macht, nicht der Verstand. Hat der Ermordete allzurauch umgeleert und umgelenkt, seine Gegner lernen überhaupt nichts. Sie begreifen nicht, daß der Liberalismus des Kaiserreichs, dem sie so treu gebient und den sie durch die Hochschulen tief ins Volk getragen haben, der Hauptmischuldige der deutschen Katastrophe ist. Nichts ist für die geistige Lage des deutschen Volkes charakteristischer, als daß ehemalige Simplicissimus-Redakteure, wie der verlorbene Ludwig Thoma und Thomas Mann, ins Lager der Chauvinisten abgewandert sind. Seiner ganzen Art noch gehörte Erzberger in eine andere Schicht des deutschen Volkstums.

Agrarpolitischer Rück- und Ausblick.

(Von einem Landwirt.)

Ein vom Hunger gepeinigtes und von jeglicher Zufuhr abgeschnittenes Volk, wie das deutsche, mußte die Steigerung seiner eigenen Landträge und deren rühlose Ausnutzung zur Hauptaufgabe seiner Volkswirtschaft machen.

Die Lösung dieser schwierigen Frage ist unserer Landwirtschaft trotz der beschränkten Wirtschaftsfreiheit, dem Mangel an männlicher Arbeitskraft und an guten Betriebsmitteln in hohem Maße gelungen. Dem Grundgesetz „Tene Nahrungsquellen des Vaterlandes reicher stehen zu lassen, die uns aus der Notwendigkeit am meisten sofort nutzbarer Nährstoffwerte liefern“, wie ihn der Verfasser in der württembergischen Presse wiederholt vertreten hat, wurde insbesondere von den kleineren und mittleren Landwirten Rechnung getragen.

Ein Streben nach volkswirtschaftlichem Ruhezustand überzog anfangs der Kriegszeit die privatwirtschaftlichen Seitenstränge, die Ende des Krieges schon da und dort und nachher reichlich stark von „auf der Höhe der Zeit“ stehenden großen Landwirten gemacht wurden. Es genügt hier, darauf hinzuweisen, daß die Abschaffung des Milchviehes großer Väter und deren Anpassung an die Konjunktur der Marktpreise sehr häufig den Grad der Ertragsfähigkeit für das gemeinwirtschaftliche Interesse des Volkes überschritt.

Später erst folgte dem Beispiel vieler „Großen“ auch der um sein Fortkommen besorgte kleinere Landwirt.

Freilich machte der Preisunterschied einzelner Agrarprodukte in seinem sprungweisen Wechsel eine Konjunkturanpassung des Landbaues nicht immer leicht. Die Bewegung der Marktpreise zu Ende der Kriegszeit nach oben bedingte ein erstmaliges Nachfolgen der Preise hochwertiger Landbauzeugnisse. Politische Ereignisse und der Übergang zur Freiwirtschaft bei einem Teil der Landerzeugnisse schuf eine weitere, ungerichtete Preispannung in der Wertung landwirtschaftlicher Rohprodukte. Mit der zunehmenden Annäherung an die Weltmarktpreise wurden die Preisunterschiede zugunsten der Landwirte ausgeglichen, so daß sich bald alle Produktpreise in aufsteigender Linie befanden.

Diese Unregelmäßigkeiten während der Übergangsperiode von der Zwangs- zur Freiwirtschaft brachten die jahrelange „verärgerte Bauernstimmung“ vollends zum Kochen, die ein starkes Bedauern landwirtschaftlicher Bedarfspreise u. eine damit verbundene Verschiebung landw. Betriebsaufwands nicht ertrug; denn die Landwirtschaft mußte an einer Stabilität der Marktpreise stark interessiert sein.

Mit der einsetzenden Lohn- und Organisationsbewegung der Verbraucherstände setzten auch in der Landwirtschaft berechtigte und unberechtigte Bewegungen ein.

Leider wurde vielfach die gereizte Stimmung des Landvolkes für selbstthätige, oft auch politische Zwecke benutzt. Nicht mehr die Hebung der Produktion, die Förderung der ganzen Landwirtschaft und der Kultur ist das Ziel gewisser Organisationen, sondern lediglich die Agitation auf höchstmögliche Wertung der Landerzeugnisse.

Das volkswirtschaftliche Interesse verschwindet allmählich gänzlich und der privatwirtschaftliche Instinkt wird bis ins Maßlose gesteigert.

Hierbei kommen die bestehenden Genossenschaften in eine oft bedenkliche Lage. Sie allein vermögen dem veränderten politischen Zeitgeist als landwirtschaftliche Organisation Rechnung zu tragen und verdienen daher die besondere Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Regierung. Mit ihrer Hilfe besteht die Möglichkeit, bei unregelmäßigen Ausschlägen landwirtschaftlicher Erzeugnisse rechtzeitig geeignete Ventile zu öffnen, um die von Verbrauchern und Erzeugern erzielte Preisstabilität inne zu halten. Zu diesem Zweck müßten jedoch die Zentralen landwirtschaftlicher Genossenschaften einerseits beim Einkauf ihrer Bedarfsartikel und andererseits beim Verkauf ihrer Erzeugnisse unabhängig vom übrigen Markt dastehen. Dies ist leider noch nicht der Fall, solange Bauernvereine und Genossenschaftsverbände durch Verkauf ihrer Erzeugnisse an Großhändler die Gestaltung der Preise eben in die Hand des Großhandels legen.

Die Regierung sollte bei der Anstellung von landwirtschaftlichen Fachlehrern und Beamten besonders auf die Fähigkeit des „Umgangs mit den Landwirten“ und die genossenschaftliche Vorbildung Wert legen. Für unsere süddeutschen Verhältnisse, wo es sich hauptsächlich um kleine Betriebe handelt, darf der Maßstab des norddeutschen Großgrundbesitzes niemals angelegt werden. Die von Landwirtschaftslehren in solchen Nittergutbetrieben abgelegte angeblich praktische Volontariate ist minderwertig gegenüber der Ausbildung unserer Bauernkinder, die in die Eigenart der süddeutschen Bauernwirtschaft viel besser eingeweiht werden. Es kommt also nicht so sehr auf die Fähigkeit „große Ländereien nach dem neuesten Stand der Landwirtschaftslehre zu bewirtschaften“ an, als vielmehr darauf, in die Psychologie unseres Bauernlebens und in die Natur der kleineren Betriebswirtschaft unter den verschiedensten Verhältnissen einzubringen.

Es wäre zu wünschen, wenn unsere Regierung auch dem tüchtigen Volksschüler, der eine landwirtschaftliche Ausbildung genossen hat, die Möglichkeit gäbe, in das landwirtschaftliche Lehrgang einzutreten. Auf diese Weise würde auch Regierung und Landwirtschaft einander näher kommen. Zu begrüßen wäre es, wenn die Regierung im Lande einige Bauernsekretariate errichten würde, die zu gemeinnütziger Beratung der Landwirtschaft geschaffen wären. Dadurch würde auch die Gefahr einer einseitig politisch getriebenen Agrarbewegung beseitigt! Fallschen Anstrengungen gegenüber müßte die Souveränität der demokratischen Staatsverfassung hochgehalten werden. m.

Staatsanzeiger.

Im Jahre 1922 wird wieder eine **Gerichtsvollzieherprüfung** abgehalten werden. Gesuche aus den Kreisen der Militärärzte um Zulassung zum Vorbereitungsdienst sind im Laufe des Monats November beim Justizministerium einzureichen. In Betracht kommen nur solche Bewerber, welche durch amtliche Zeugnisse nachweisen können, daß sie vollkommen gesund und körperlich rüstig sind.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Landtag.

Ernannt:
der Hausmeister des Landtagsgebäudes Michael Bender zum Hausinspektor.

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Zugelassen:
Gerichtsassessor Albrecht Fuchs als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim.

Auf Zulassung verzichtet:
Rechtsanwalt Dr. Artur Müller-Ewert beim Landgericht Karlsruhe.

Ministerium des Innern.

Ernannt:
die Regierungssassessoren Dr. Wolfgang Hoffmann, Dr. Hermann Ketterer und Dr. Wilhelm Compter zu Amtmännern, und zwar Dr. Hoffmann in Freiburg, Dr. Ketterer in Karlsruhe und Dr. Compter in Trieburg.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums:

Ernannt:
Verwaltungsaktuar Karl Dittenhofer zum Verwaltungsoberssekretär bei der Landesversicherungsanstalt Baden.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:
Architekt Karl Leberle, Vorsteher der Nebenstelle des Landesgewerbeamts in Furtwangen, zum Gewerbelehrer an der Goldschmiedeschule in Pforzheim, Handelslehrling Karl Friedl und von Achem zum Handelslehrer an der Handelsschule in Offenburg. Der frühere elsass-lothringische Gewerbelehrer Karl Friedrich zum Gewerbelehrer an der Gewerbeschule in Heidelberg.

zu Verwaltungsinspektoren: die Verwaltungsoberssekretäre Güldenbrand, Karl, beim Kreisamt Waldshut, Eries, Friedrich, beim Kreisamt Karlsruhe, Poisch, Wilhelm, beim Kreisamt Mannheim, Verwaltungsassistent Hermann Reinmuth bei der Studienfondsverwaltung Rastatt zum Finanzsekretär daselbst, Heizer Max Dreher an dem Lehrerseminar in Reersburg zum Maschinenisten daselbst.

Versetzt:
Professor Franz Verberich an Lehrerseminar in Ettlingen an das Gymnasium in Bruchsal, Gewerbelehrer Theodor Mosel von der Gewerbeschule in Mühlheim an jene in Freiburg, Amtsgehilfe Peter Walter beim pathologischen Institut der Universität Heidelberg in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium in Heidelberg auf 1. Oktober.

Entlassen:
Gewerbelehrer Hermann Grupp an der Gewerbeschule in Konstanz auf Ansuchen, Handelslehrer Julius Benninger an der Handelsschule in Mannheim auf Ansuchen.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen:

Planmäßig angestellt:
Joh. W. Weich beim Bezirksbauamt Heidelberg, Simon Eßig beim Baubüro des Finanzministeriums, als Bauaufseher.

Ernannt:
Baufsekretär Jakob Weinger beim Bezirksbauamt Karlsruhe, zum Bauoberssekretär.

Entlassen:
Finanzamtmann Rudolf Wille auf Ansuchen.
Abteilung für Domänen, Forsten und Salinen.

Ernannt:
Angestellter Albert Köfinger in Karlsruhe zum Kanzleiaffistent, Kanzleiaffistent Adolf Giliard zum Finanzassistent unter Versetzung zum Domänenamt Bruchsal, Kanzleigehilfe Josef Kott in Bruchsal zum Kanzleiaffistent.

Versetzt:
Domänenrat Fehrenbach in Bruchsal nach Baden-Baden, Domänenrat Blau in Triengen nach Bruchsal, Domänenrat Gast in Neß nach Triengen und Domänenrat Ehrler in Neß nach Neß.

Eisenbahn-Generaldirektion.

Versetzt:
die Eisenbahninspektoren Anton Föry in Karlsruhe nach Baden-Baden, Georg Ritter in Schwetzingen nach Graben-Neudorf, Friedrich Schelling in Mannheim nach Heidelberg, die Eisenbahnoberssekretäre Friedrich Harß in Königheim nach Heidelberg, Julius Hartmann in Löhningen nach Mannheim, Heinrich Erdmole in Bühl (Baden) nach Karlsruhe, die Eisenbahnsekretäre Wilhelm Brandt in Neuenburg nach Neß, Karl Frei in Magau nach Karlsruhe, Eugen Müller in Offenburg nach Mannheim, Ludwig Reinmuth in Schwetzingen nach Heidelberg, Lokomotivführer Gregor Meber von Karlsruhe nach Billingen.

Nirgends so billig!

kaufen Sie echte Offenbacher Lederwaren in unerreichter Auswahl und allerersten Qualitäten als im Etagen-Geschäft des

Offenbacher Lederwaren-Vertriebs

nur Kaiserallee 50, I. nur Kaiserallee 50, I.

KARLSRUHE

Klein Laden — Etagengeschäft deshalb so enorm billig

Klein Laden — Etagengeschäft deshalb kl. Geschäftskosten

Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 5. Oktober 5^{1/2}—10^{1/2} Uhr M. 12.—
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1801—2400
Donnerstag, den 6. Okt. 7—10 Uhr M. 12.—
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2401—2800
Don Carlos. Katte.

Baubund - Möbel

WOHN- UND ESS-ZIMMER
HERREN - ZIMMER
SCHLAF-ZIMMER
KÜCHEN usw.

in solider Ausführung, den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis u. Formgebung angepaßt.

bei der gemeinnützigen Hausratsgesellschaft

Badischer Baubund

Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22
Eckhaus Rondellplatz
Täglich geöffnet: vormittags 8 bis nachmittags 6 Uhr

Amtliche Bekanntmachung.

Maul- und Klauenseuche betr.
Nachdem im Farenfall sowie im Stalle des Heinrich Braun in Weierheim die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wird über die beiden Gehöfte die Sperre verhängt.
Beobachtungsgebiet ist der übrige Teil des Stadtteils Weierheim mit Gemarkung und die Gemeinde Durlach mit Gemarkung.
Karlsruhe, den 4. Oktober 1921.
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Bronceglöden

in feinsten Begierung und unübertreffl. Ausführung liefert

Glödenherstell. Gebr. Bachert
Karlsruhe i. B. Liststr. 5.
Unsere Bronceglöden übertreffen bei weitem die sogenannten Klangglöden.

Französisch

(System Ritter)
Erfolg verbürgt Auslandspraxis

H. K. Ritter

behördl. zugel. Sprachlehr.
Körnerstraße 30
(Probstunden).

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
3.206.2 Pforzheim. Der Brennerelbesitzer Wilhelm Weidhoff zu Ammen, Prozeßbevollmächtigter: Altmann G. Allendorf in Witten. Klagt gegen den Hans Wilhelm Lange, früher zu Danzig, jetzt unbekannt Aufenthalt, aus unerlaubter Handlung u. unter der Behauptung, daß das Amtsgericht gemäß § 82 P.D. zuständig sei, mit dem Antrage auf gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbare kostenpflichtige Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 600 M. nebst 4 Prozent Zinsen seit Zustellungstag. Termin zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits ist vor das Amtsgericht zu Pforzheim auf Donnerstag, den 24. November 1921, vormittags 9 Uhr, bestimmt. Hierzu wird der Beklagte geladen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Pforzheim, 28. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

3.214. Pforzheim. 1. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Wäckermeisters Gustav Seemann in Pforzheim ist Termin zur Annahme der Schlußrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf Freitag, 28. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, Zimmer 19, vor das Amtsgericht Pforzheim, 2. St. 2. Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden vom Gericht auf 2992 M. festgesetzt.
Pforzheim, 29. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

3.215. Pforzheim. 1. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Wäckermeisters Gustav Seemann in Pforzheim ist Termin zur Annahme der Schlußrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf Freitag, 28. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, Zimmer 19, vor das Amtsgericht Pforzheim, 2. St. 2. Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden vom Gericht auf 2992 M. festgesetzt.
Pforzheim, 29. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

3.216. Pforzheim. 1. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Wäckermeisters Gustav Seemann in Pforzheim ist Termin zur Annahme der Schlußrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf Freitag, 28. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, Zimmer 19, vor das Amtsgericht Pforzheim, 2. St. 2. Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden vom Gericht auf 2992 M. festgesetzt.
Pforzheim, 29. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

3.217. Pforzheim. 1. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Wäckermeisters Gustav Seemann in Pforzheim ist Termin zur Annahme der Schlußrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke bestimmt auf Freitag, 28. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, Zimmer 19, vor das Amtsgericht Pforzheim, 2. St. 2. Die Gebühren und Auslagen des Konkursverwalters wurden vom Gericht auf 2992 M. festgesetzt.
Pforzheim, 29. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 4.

Effentliche Bekanntmachung.

3.205. Karlsruhe. Über den Nachlaß des am 27. März 1921 verstorbenen, zuletzt in Karlsruhe wohnhaft gewesenen Ingenieurs Richard Krüger ist unterm 24. d. M. eine Nachlaßverwaltung angeordnet und unterm 27. d. M. Herr Justizoberssekretär Oskar Leppert in Karlsruhe, Weihenstraße 16, II, als Nachlaßverwalter bestellt worden.
Die Nachlaßverwaltung dient der Befriedigung der Nachlassgläubiger.
Karlsruhe, 27. Sept. 1921.
Notariat Karlsruhe 4 als Nachlassgericht.

Abbruch der Militär-Verladerampen auf Bahnhof Lörach und Haltungen gem. Finanzministerium vom 8. Jan. 1907 zu vergeben.

Verdingungsunterlagen einzuholen bei der unterzeichneten Bahnbauinspektion (Zimmer 24), wozu Bewerber auch ohne Baß gelangen können. Abgabe der Angebotsbogen ebenda. Angebote verschlossen, portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zur Verdingungsverhandlung am 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Tage.
3.211.2.1
Basel, 3. Okt. 1921.
Bahnbauinspektion.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Bruchsal. 3.201. Güterrechtsregisteramttrag Band III Seite 64: Morz, Wilhelm, Kaufmann in Bruchsal, und Vera geb. Geimberg geb. Meyer. Vertrag vom 18. August 1921: Gütertrennung des BGB. Das Vermögen der Ehefrau ist in § 2 des Ehevertrags beschrieben.
Bruchsal, 24. Sept. 1921.
Amtsgericht.

Donauessingen. 3.225. In das Güterrechtsregister Band I wurde eingetragen: Anton Bausch, Landwirt in Aasen, und Anna geb. Märkle von da. Vertrag vom 24. August 1921. Gütertrennung.
Donauessingen, den 18. September 1921.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Donauessingen. 3.226. In das Güterrechtsregister Band I Seite 326 wurde eingetragen: Hermann Schaffner, Maschinenmeister in Donauessingen, und Frieda geb. Armbruster ebenda. Vertrag vom 17. Septem. 1921. Gütertrennung.
Donauessingen, den 27. September 1921.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Durlach. Güterrechtsregisteramttrag Bd. II S. 493. Brüdel, Karl Josef, Fräulein in Durlach, und Frieda Marie geb. Reier. Durch Vertrag vom 22. Juli 1921 ist Gütertrennung vereinbart. Amtsgericht. 3.155
Reß. 3.169. Güterrechtsregisteramttrag Band I Seite 357: Wegner, Friedrich 4. Landwirt in Eberzheim, und Sofie geb. Riess. Vertrag vom 15. September 1921. Gütertrennung.
Reß, 29. Sept. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Mannheim. 3.209. Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen: 1. Seite 381: Gintef, Karl, Drechslermeister, und Maria geb. Fischer in Mannheim. Vertrag vom 18. September 1921. Gütertrennung. 2. Seite 382: Walter, Wendelin, Kraftwagenführer, und Luzia geb. Häfner in Mannheim. Vertrag vom 22. September 1921. Gütertrennung. 3. Seite 383: Friede, Otto, Kaufmann, u. Mina geborene Schneider in Mannheim. Durch Vertrag vom 7. September 1921 wurde die Erzungenschaftsgemeinschaft beseitigt. Vorbehaltsgut der Frau ist das in § 2 beschriebene Vermögen, sowie alles, was sie künftig durch Erbschaft, Schenkung oder als Pflichtteil erwirkt. 4. Seite 384: Malz, Konrad, Fräulein, u. Margaretha geb. Kriemann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgedr. offen. 5. Seite 385: Mals, Konrad, Fräulein, u. Margaretha geb. Kriemann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgedr. offen. 6. Seite 386: Mals, Konrad, Fräulein, u. Margaretha geb. Kriemann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgedr. offen. 7. Seite 387: Mals, Konrad, Fräulein, u. Margaretha geb. Kriemann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgedr. offen. 8. Seite 388: Mals, Konrad, Fräulein, u. Margaretha geb. Kriemann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgedr. offen. 9. Seite 389: Mals, Konrad, Fräulein, u. Margaretha geb. Kriemann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgedr. offen. 10. Seite 390: Mals, Konrad, Fräulein, u. Margaretha geb. Kriemann in Mannheim. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises des Mannes zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgedr. offen.

Deutsch-Italienischer Güterverkehr.

Am 1. Oktober 1921 treten für die Beförderung bestimmter Güter (namentlich von Lebensmitteln) in Wagenladungen zwischen Italien u. Deutschland zwei direkte Gütertarife in Kraft. Der eine gilt bei Beförderung über die Schweiz (Chiasso, Pino und Jfelle), der andere bei Beförderung über Österreich (Brenner und Tarvis).
Karlsruhe, 4. Okt. 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.

Billingen.

Unter D.-B. 280 des dies. Güterrechtsregisters wurde heute eingetragen: Friedrich Güber, Kaufmann in Bad Dürrenheim, und dessen Ehefrau Lina geb. Meinhart in Freiburg i. Br. das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ist ausgeschlossen.
Billingen, 27. Sept. 1921.
Amtsgericht 1.

Donauessingen.

Zum Vereinsregister wurde eingetragen der Verband der Kleinindustriellen und der verbundenen Fabriken des Schwarzwalds. Sitz Donauessingen.
Donauessingen, den 23. September 1921.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Eberbach.

In das Vereinsregister wurde unter D.-B. 7 eingetragen: „Südwestdeutscher Schiffsbauverein“ mit dem Sitz zu Eberbach, Eberbach, 29. Sept. 1921.
Amtsgericht.

Eppingen.

Vereinsregister. Zu Bd. I Nr. 14 wurde heute eingetragen: Verein der Freunde Eppingen und Umgebung, Eppingen. Eppingen, 18. Sept. 1921.
Amtsgericht.

Mannheim.

Zum Vereinsregister Bd. VIII D.-B. 33 Unterhaltungs-Club „Stella-Nova 19“, Mannheim wurde heute eingetragen: Der Name des Vereins ist geändert in: „Club Stella-Nova“. Mannheim, 27. Sept. 1921.
Vab. Amtsgericht B.G. 4.

Fürzheim.

Vereinsregisteramttrag. Christliche Gemeinschaft in Fürzheim. Fürzheim, 3. Okt. 1921.
Amtsgericht Pforzheim.

Karlsruhe.

Zum Vereinsregister Bd. VIII D.-B. 33 Unterhaltungs-Club „Stella-Nova 19“, Mannheim wurde heute eingetragen: Der Name des Vereins ist geändert in: „Club Stella-Nova“. Mannheim, 27. Sept. 1921.
Vab. Amtsgericht B.G. 4.

Verlangen Sie überall



RIEMPP

fst. geröst. Kaffee
verschied. Preislagen offen u. abgepackt

Mischung

mit 10—25—50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete

Kaffee-Zusatz

beste Rohstoffe
1/2 Pfd. Pakete



CHRISTIAN RIEMPP

KARLSRUHE
KAFFEE-IMPORT-GROSSHÄNDLER
COFFEE-IMPORT-GROSSHÄNDLER
ESSIG- u. SENFFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN

Güterverkehr der badisch-schweizerischen Übergangsbahn.

Mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1921 wird die Benutzungsordnung der Benutzungsordnung Nr. 19 (Seine) einbezogen. Gleichzeitig werden die Frachttarife dieses Ausnahmestadiums im Verkehr der Rhätischen Bahn ermäßigt. R. 231
Am 10. Oktober l. J. ergeht eine Neuauflage des Ausnahmestadiums Nr. 43 (Materialien zur Bekämpfung von Pflanzkrankheiten) und auf 20. Oktober l. J. wird der Ausnahmestadium Nr. 24 (Papier) durch Frachttarife für Bischofszell-Nord und Stadt sowie Gordola-Val Bergasola ergänzt. Näheres in unserem Tarifangebot.
Karlsruhe, 4. Okt. 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.

Bayerisch-Württembergischer Badischer Tierarzt.

Mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1921 ist die Station Neuen in den Tarif einbezogen worden. Näheres in unserem Tarifangebot. R. 229
Karlsruhe, 3. Okt. 1921.
Eisenbahn-Generaldirektion.